Ärztliche Versorgung in der Schweiz

Der Vertragszwang zwischen Ärzten und Krankenkassen soll aufgehoben werden; Krankenkassen sollen die Zusammenarbeit mit «ineffizienten und unwirtschaftlichen» Arztpraxen ablehnen können («Freie Arztwahl, ade», NZZ 14. 3. 25). So will es die Motion des Mitte-Ständerats Peter Hegglin, die der Nationalrat wohlwollend aufgreift.

Würde die Motion im Alltag umgesetzt, hätte sie schlimme Folgen für die ärztliche Versorgung in der Schweiz. Man blicke bloss über den grossen Teich, zu den USA: Für jede Behandlung sind zähe Verhandlungen zwischen den Leistungserbringern und den Krankenkassen die Regel, mit exzessiver Bürokratie und beileibe nicht etwa geringeren Kosten.

In der Schweiz herrscht zunehmend Ärztemangel. Ärzte mit angeblich «wirtschaftsorientierten Optimierungen» zu frustrieren, ist keine zukunftsträchtige Lösung. Wer will denn, und wie, die «Wirtschaftlichkeit» der Leistungen einer Arztpraxis objektiv berechnen?

Einfach die Kosten aufzurechnen, genügt bei weitem nicht. Zu hoffen ist, dass das Volk den Schlussstrich ziehen wird – mit einer saftigen Ablehnung des politischen Vorhabens.

Prof. em. Martin Fey, ehem. Chefarzt am Inselspital Bern, Zollikofen

Die Zukunft der integrativen Schule

Kleingruppen sind generell zu befürworten, aber lasst die Lehrer in den Klassenzimmern endlich allein unterrichten («Allianz aus SVP, FDP und GLP will Förderklassen», NZZ 17. 3. 25).

Zeitinseln halte ich für unrealistisch. Kaum haben sich Schüler an mehr Freiraum gewöhnt, müssen sie zurück in die alte Klasse, wo die Probleme begonnen haben. Das ist nicht einmal gut gemeint, sondern fernab vom Alltag in einer Grundschule. Es ist Zeit für einen Wechsel der Perspektive.

Ärzte verlangen schon lange mehr Bewegung, weniger sitzen, Aktivitäten im Freien und mehr Sport. Das betrifft die ganze Gesellschaft, nur – die Alten sind selbst verantwortlich für ihre Gewohnheiten, den Kindern wird das Sitzen «pädagogisch» verordnet.

Neulich las ich eine Studie zur Entwicklung von Knaben, die angeblich mehr Bewegung brauchen. Sie sind unruhig und zu wenig körperlich gefordert und stören deshalb häufig den Unterricht.

Es bliebe zu wünschen, dass dieser Rat allgemein umgesetzt würde. Dann müsste man vielleicht über Fördergruppen und -klassen gar nicht reden. Man wird nämlich nicht verhaltensauffällig geboren.

Im Schulwesen wird seit Jahren über die gleichen Themen gestritten mit den gleichen Argumenten. Es ist nicht einzusehen, dass Kinder ab dem sechsten Altersjahr vier bis sechs Stunden sitzen sollen. Wissen und Bildung müssen nicht unbedingt im Sitzen und im Schulzimmer verabreicht werden. Es gibt vielseitige Lernmöglichkeiten ausserhalb des Schulzimmers.

Aber in manchen Kantonen ecken Lehrer an, wenn sie mit den Kindern «an die frische Luft» wollen. Zuerst muss ein Gesuch gestellt werden, dann müssen die Eltern ihr Einverständnis geben, und bis das alles eingeholt ist, ist die Sonne schon lange untergegangen.

Sigrun Zink, ehem. Lehrerin, Rüti (ZH)

Eine ganze Reihe Gründe sprechen für die Rückkehr zum System mit kleinen Förderklassen. Am meisten Gewicht wird oft der Frage beigemessen, welche Auswirkungen integrierte Kinder auf den Unterrichtsablauf in der normalen Klasse haben. Bekanntlich leider nicht nur positive.

Ein anderer Punkt, dünkt mich, wird demgegenüber viel zu wenig erwähnt. Wie wirkt sich umgekehrt das Umfeld der Normalklasse auf die integrierten Kinder aus? Sind sie glücklich? Werden sie akzeptiert? Vermögen sie dem Unterricht zu folgen? Man weiss aus zahlreichen Berichten, dass dies alles oft nicht zutrifft.

Sie bleiben in diversen Belangen trotz Eingliederung auf ihre Art separiert. Und Kinder zum Beispiel, welche ständig stören, dürfen nicht auf freudige Akzeptanz bei den andern hoffen. Der normale Unterricht überfordert oft sowohl Kinder mit einer Lernschwäche als auch Verhaltensauffällige.

Es ist deshalb ein grosser Fehler, zu glauben, mit der Integration sei den betroffenen Kindern a priori gedient und man verhelfe ihnen dadurch zu einem freudigeren Dasein. Nur wird dieses zentrale Argument pro Kleinklasse vor lauter Theorie und Ideologie meist ignoriert.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Die «integrative Schule» wird zurzeit heiss diskutiert. Was mir als Schulleiterin dabei völlig fehlt, ist die Anerkennung der enormen Komplexität. Wir diskutieren, als verständen wir alle das Gleiche unter «Verhaltensauffälligkeit» und als wäre dies ein statisches Persönlichkeitsmerkmal.

Verhalten entsteht aber immer in Wechselwirkungen, abhängig von inneren und äusseren Umständen. Wie oft habe ich erlebt, dass ein Kind in einer neuen Klasse «verhaltensauffällig» wurde – und wie oft, dass sich das Verhalten wieder «normalisierte», häufig mithilfe von wertvoller pädagogischer Arbeit der Mitarbeitenden. Stellen Sie sich vor: Kinder entwickeln sich.

Ein zielführender Umgang mit komplexen Herausforderungen ist nicht die Komplexitätsreduktion – Kleinklassen –, sondern die Entwicklung von differenzierten Lösungen, am allerbesten an der Schule selbst.

Schulen brauchen dafür einen kreativen Spielraum, der mit genügend Ressourcen ausgestattet ist. Je nachdem, auf welcher Ebene die Herausforderungen liegen, sind verschiedene, massgeschneiderte Ansätze gefragt: von durchlässigen, sozialpädagogisch ausgerichteten Gruppenangeboten über Familienklassenzimmer, niederschwellige therapeutische Angebote, Stärkung des interdisziplinären Netzwerks, erlebnispädagogische Klasseninterventionen bis hin zu Coachings und Beratung für Lehrpersonen und noch vieles mehr.

Die integrative Schule ist nicht gescheitert, sondern wir müssen sie – immer – weiterentwickeln.

Sarah Bolleter, Winterthur

Aus der Geschichte lernen

Einige Zitate aus Marc Tribelhorns lesenswertem Beitrag über den amerikanischen Isolationismus sollte man sich einprägen («Die eigennützige Politik der USA ist nicht Trumps Idee, sondern der Normalfall», NZZ 15. 3. 25).

Als die USA angefangen hatten, «eine mögliche Vorherrschaft des Deutschen Reichs in Europa als Bedrohung für sich zu sehen», griffen sie in den Ersten Weltkrieg ein. Die Geschichte wiederholte sich 1939. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen änderte Roosevelt den Kurs der strikten Neutralität aus Angst, «Hitler würde sonst bald Eurasien beherrschen und dann auch Amerika bedrohen». Die USA sollten «zum Arsenal der Demokratie» werden. Und heute?

Der russische Diktator überfällt seinen souveränen Nachbarstaat, verhehlt seine weiteren territorialen Ansprüche Richtung Westen nicht und bedroht die liberalen Demokratien Europas.

Mit seiner geradezu feindseligen Gleichgültigkeit gegenüber Europa verrät Trump hehre Grundsätze der amerikanischen Vergangenheit und ignoriert, dass es nicht nur «keine Sicherheit in der Passivität gibt», sondern dass sie sich vielmehr zur Bedrohung auswachsen kann.

In der global vernetzten Welt kann man einen Kontinent nicht einfach ausblenden.

Irène Thomann, Winterthur

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Nicht am falschen Ort sparen

Gastkommentar
von SABINE SÜSSTRUNK

Studien gehen davon aus, dass für jeden in Forschung und Entwicklung investierten Franken mindestens drei Franken in die Volkswirtschaft zurückfliessen. Für die OECD ist folglich seit einem Vierteljahrhundert klar: Im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung als Investitionen behandelt – nicht bloss als laufende Kosten.

Dieser Grundsatz ist bei der Umsetzung der Schuldenbremse und den Sparvorschlägen des Bundesrates zu berücksichtigen. Die Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung unter Leitung von Serge Gaillard empfahl aber unter anderem auch tiefgreifende Einschnitte in Bildung, Forschung und Innovation – darunter Budgetkürzungen für den Nationalfonds und die Innovationsagentur Innosuisse sowie höhere Studiengebühren für Studierende der ETH und der kantonalen Hochschulen. Der Bundesrat folgte diesen Empfehlungen weitestgehend.

Eine Analyse möglicher Aus- und Wechselwirkungen liegt indessen nicht vor. Folglich wird beispielsweise nicht klar, warum eine Budgetkürzung beim Nationalfonds von genau 10 Prozent vertretbar sein soll, inwieweit das Gleichgewicht von Bund und Kantonen bei der Bildungsfinanzierung gewahrt bleibt oder wie die deutliche Erhöhung der Studiengebühren mit der in der Bundesverfassung verankerten Chancengerechtigkeit in Einklang gebracht werden kann.

Um eine strategische Priorisierung der Sparvorschläge zu ermöglichen, sollte dem Parlament nicht wie geplant ein Gesamtpaket, sondern vielmehr ein Bündel an Vorschlägen unterbreitet werden. Auf dieser Basis können die Ansätze einzeln diskutiert und Schwerpunkte gesetzt werden. Die Vermeidung einer solchen Debatte mag verhandlungstaktisch nachvollziehbar sein, aus demokratiepolitischer und strategischer Sicht ist dieses Vorgehen jedoch abzulehnen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) als Beratungsorgan des Bundes empfiehlt Regierung und Parlament, die geplanten Einschnitte im Bereich Bildung, Forschung und Innovation so nicht umzusetzen. Der SWR sieht seine Ablehnung als Empfehlung für einen nachhaltigen Umgang mit öffentlichen Geldern. Denn «Wissen» – hier verstanden als Bildung, Forschung und Innovation –, das schon lange in jeder Sonntagsrede als einziger Rohstoff der Schweiz geehrt wird, hat als Investition für den Wirtschaftsstandort und für die demokratische Grundordnung der Schweiz in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Es ist eine nationale Aufgabe, die benötigten topqualifizierten Arbeitskräfte auszubilden: Die Industrie 4.0 benötigt exzellente Talente und günstige Rahmenbedingungen für betriebliche und technologische Innovationen. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung führt zudem zu gesellschaftlichen Umwälzungen; gefordert sind somit auch soziale Innovationen im Hinblick auf unser Zusammenleben in der Zukunft.

Heute vorgenommene Kürzungen in Bildung und Forschung führen morgen zu geringerem volkswirtschaftlichem Wachstum. Darüber hinaus werden die Folgen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für die Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz erst allmählich und zeitlich verzögert spürbar. Es droht ein Abfluss des Wissens ins Ausland. Denn der häufig martialisch als «Krieg um Talente» bezeichnete Wettbewerb um die fähigsten und originellsten Forscherinnen und Forscher ist global und wird mit harten Bandagen und hohen staatlichen Investitionen geführt. Der demografische Wandel führt zur weiteren Verschärfung dieses Wettbewerbs.

Die Schweiz gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern in Forschung und Innovation. Dieser Erfolg beruht auf der internationalen Ausrichtung, den attraktiven Arbeitsbedingungen, dem stabilen politischen System und der hohen Investitionsbereitschaft von Privaten und von der öffentlichen Hand. Damit dies so bleibt, sind gemeinsame Anstrengungen notwendig für eine langfristig ausgerichtete Finanzierung, mit der Bund und Kantone im Verbund einen Nährboden für private Initiativen schaffen.

Sabine Süsstrunk ist Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates.

Neue Zürcher Zeitung
UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 246. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lip.).

International: Benedict Neff (ben.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (nbe.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Dominique Burckhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.), Isabelle Jacobi (ija.), Anne Allmeling (all.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafafer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Sebastian Briellmann (sb.). **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Andrea Fopp (afo.), Selina Berner (sia.). **Westschweiz:** Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fbi.), Katja Baigger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Oliver Camenzind (olc.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Nelly Keusch (nel.), Isabelle Wachter (wax.), Zoé Baches (ZB), Moritz Kaufmann (mkf.), Jürg Meier (mju.), Markus Städeli (stä.), Albert Steck (sal.), Jürg Zulliger (jz.) Janique Weder (wej.), Jannik Belser (jab.), Beatrice Bösiger (boe.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pfi.) – Chefökonom, Georg Häsler (geo.), Leon Igel (igl.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrtz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Oroschakoff (oro.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (phw.), Eva Mell (ev.), Martin Amrein (mna.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschemeyer (rus.).

Feuilleton: Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scf.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (-yr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder (til.), Janina Gehrig (jag.), Jacqueline Lipp (lip.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.), Matthias Venetz (etz.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (lwa.), Salome Woerlen (woe.), Yasmin Müller (yas.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (erf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Lucia Grassi (glu.), Severin Pomsel (spo.), Damita Pressl (dam.), Valentina Senn (vas.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.).

Format: Jörg Walch (jwa.), Nicole Krättli (krä.), Sévérine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rje.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfi.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xeo.), Joana Kelén (jok.), Jasmine Rueegg (jmr), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sih.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Olivia Meyer (olm.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Paška (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Özalp (ilö.), Lisa Leonardy (lil.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Philippe Flück (flp.), Marco Krüger (krm.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Isabelle Hager (iba.), Maja Siebrecht (maj.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinvorth (DSt.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.), Beatrice Achterberg (bta.), Marco Seliger (mse.), Johannes C. Bockenheimer (JCB.), Nathan Giwerzew (giw.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnssen (mij.), Meret Baumann (bam). **Tallinn:** Linda Koponen (lkp.). **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (imr.), Antonio Fumagalli (fum.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Daniel Böhm (dan.). **Tel Aviv:** Rewert Hoffer (rew.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (uvs.). **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** André Müller (amü.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.), Manuel Stark (msk.). **NZZ Geschichte:** Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzone.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print: 960 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).

NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).

Kombi NZZ Fr & Sa Print: 425 Fr. (12 Monate), 38 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 59 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

Kombi NZZ & NZZaS Print: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2025.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

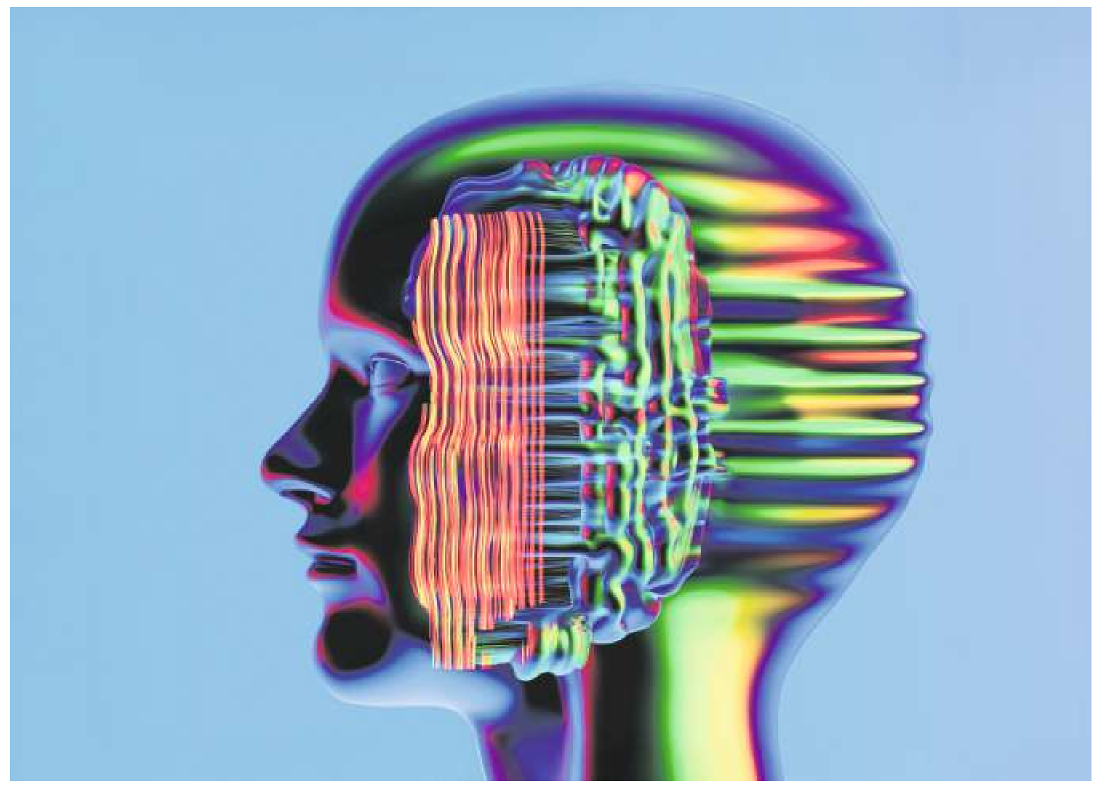

ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Europa verliert im KI-Wettbewerb

Während die USA und China bei der KI die Entwicklung dominieren, droht Europa erneut den Anschluss zu verpassen. Künstliche Intelligenz ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine geopolitische Machtfrage.
Gastkommentar von Lutz Finger

Nicht erst seit dem jüngsten Eklat zwischen Trump und Selenski ist klar: Der Wind aus Washington hat gedreht. Europa sollte künftig für seine eigene Sicherheit aufkommen. Das umfasst auch die digitale Souveränität. Europa ist in mancher Hinsicht in der zweiten industriellen Revolution steckengeblieben. Digital ist «made in America». Die USA wollen, dass auch die künstliche Intelligenz aus Amerika kommt. KI-Modelle aber enthalten Normen und Werte. Eine KI «made in USA» wird grossen Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ausüben. Wie kann Europa selbständig werden? Emmanuel Macron und Ursula von der Leyen versprechen Investitionen in Milliardenhöhe. Das alleine wird nicht helfen. Europa muss die Rahmenbedingungen verändern.

Das Internet wurde in Europa erfunden, aber in den USA skaliert. Google und Facebook bestimmen, was wir sehen. Europäische Medienhäuser passen sich an und folgen heute amerikanischen Regeln. In der mobilen Revolution verpassten Nokia und Ericsson den Anschluss. Apple und Google schufen mit den App-Stores ein neues Marktmodell. Heute zahlen europäische Unternehmen eine «digitale Steuer» an die USA: Wer zum Beispiel ein Hörbuch über Storytel kauft, zahlt eine Abgabe von bis zu 30 Prozent. Apple führte diese Gebühr 2008 ein – erst 16 Jahre später reagierte die EU mit der Digital Markets Act. In dieser Zeit wuchs Apple auf eine Marktkapitalisierung um etwa den zwölffachen Firmenwert des deutschen SAP-Konzerns. Dann kam die Cloud-Revolution. Auch hier war Europa zuerst vorne. Doch dann kamen Amazon und Microsoft, europäische Alternativen scheiterten. Unsere Daten liegen heute in den Händen von amerikanischen Unternehmen.

Es sieht fast danach aus, als würde sich dasselbe bei der KI wiederholen – mit gravierenden Folgen für Europa. Wer heute Chat-GPT fragt: «Was ist Kapitalismus?», erhält eine amerikanische Perspektive – nicht etwa eine französische oder schweizerische. KI ist made in America. Europa spielt keine Rolle. Kürzlich habe ich die Unternehmenswerte der zehn grössten amerikanischen KI-Firmen mit denen der zehn grössten europäischen verglichen – übersetzt in Körpergrösse: 1,92 Meter gegen 10 Zentimeter. Europa scheint das nicht ändern zu wollen – zur Verwunderung selbst der USA. «Europa verwirrt mich», sagte kürzlich Aneesh Chopra, Mitglied des US AI National Security Council, in Bezug auf Europas KI-Strategie. Was kann Europa tun? Macron und von der Leyen versprechen nun Investitionen. Ein erster Schritt – aber Geld allein reicht nicht. Das chinesische KI-Unternehmen Deepseek hat gezeigt, dass man mit wenig Kapital viel erreichen kann. Europa muss die Rahmenbedingungen für Innovation verändern: für Anwendungen, für Daten, für Modelle und für Chips.

Es braucht erstens mehr Anwendungsfreiheit: Wie kann es sein, dass Europa das Internet erfindet, aber alle grossen Tech-Firmen heute in den USA sitzen? Ein Schlüssel war das Gesetz Section 230 der Communications Decency Act (1996). Es schützt Internetfirmen vor der Haftung für Inhalte ihrer Nutzer. Das Resultat: Facebook, Youtube und Twitter. Was wäre, wenn Europa Ähnliches für KI-

> Das chinesische KI-Unternehmen Deepseek hat gezeigt, dass man mit wenig Kapital viel erreichen kann.

Anbieter einführen würde? Weniger Haftung erzeugt mehr Spielraum für Innovation. Europäische KI-Firmen hätten dann eine echte Chance.

Zweitens muss der Zugang zu Daten erleichtert werden. KI benötigt Daten. Während Europa über «Datenräume» nachdenkt, hat sich Open AI diese Daten einfach genommen. Was wäre, wenn bestimmte Trainingsdaten von Klagen und Urheberrechtsansprüchen ausgenommen wären? Japan hat genau das getan: KI-Training mit urheberrechtlich geschützten Werken ist dort erlaubt. Im Gegensatz zu Europa hat sich Japan damit einen strategischen Vorteil im globalen KI-Wettbewerb erarbeitet.

Drittens müssen Modelle offengelegt werden, Open Source reicht nicht. KI besteht aus Modellen mit Gewichten. Die Gewichte sind das «Wissen» der KI. Open AI und andere schützen ihre Modellgewichte, um ihre Vormachtstellung zu bewahren. Europa könnte sich der Open-Weights-Bewegung anschliessen und vorschreiben, dass alle Modelle, die in Europa genutzt werden, offengelegt werden müssen. Dies wäre ein massiver Einschnitt für amerikanische Firmen wie Open AI – aber es würde Europa eine realistische Chance geben aufzuholen.

Viertens Europas Rolle in der Chip-Produktion: Die USA glauben, dass sie durch Exportbeschränkungen (Chips Act) China davon abhalten können, leistungsfähige KI-Systeme zu entwickeln. Doch KI ist Mathematik. Beschränkungen sind nur begrenzt wirksam – wie man an Deepseek gesehen hat. China wird schon bald seine eigene KI-Industrie aufbauen, und die USA werden keinen Hebel mehr gegen China haben. Wenn das passiert, wird Taiwan als Chip-Lieferant geopolitisch weniger relevant – mit unklaren Folgen. Was, wenn Europa eine andere Strategie fährt und eine eigenständige Position zwischen den USA und China einnimmt?

All das mag Kopfschütteln hervorrufen. Was ist mit Verbraucherschutz? Mit Datenschutz? Doch Regulierung war immer ein Balanceakt zwischen Bürgerrechten, wirtschaftlichen Interessen und Sicherheit. Bisher hat sich Europa oft selbst geschadet, weil es nicht innovativ genug war. Der Wind hat gedreht. Es ist an der Zeit, Prinzipien und Regulierungen neu zu überdenken.

Lutz Finger ist Autor des Online-Kurses «Designing and Building AI Solutions» bei E-Cornell und Gründer der E-Commerce-Plattform von R2decide Inc.

Pfarrer ohne Theologiestudium

Die reformierte Kirche hat ein Nachwuchsproblem. Nun überlegt sich die Konkordatskonferenz, für eine begrenzte Zeit auch Personen auf Pfarrstellen zu berufen, die nicht Theologie studiert haben.
Gastkommentar von Georg Pfleiderer

Für die kleiner werdenden reformierten Kirchgemeinden wird es in Zukunft weniger Pfarrstellen brauchen. Aber selbst dafür könnte es bald nicht mehr genug geeignete Pfarrer geben. Denn immer weniger junge Leute wollen noch Theologie studieren. Darum arbeiten Kirchen und theologische Fakultäten seit Jahren eng zusammen und haben etwa erfolgreich einen verkürzten Studiengang für Quereinsteiger entwickelt.

Doch nun scheint die Zukunftsangst bei der Konkordatskonferenz der reformierten Kirchen der Deutschschweiz und des Tessins so gross geworden zu sein, dass diese auf eine radikale Idee gekommen ist. Sie nennt sich «Plan P» und sieht vor, dass für eine begrenzte Zeit von etwa zehn Jahren auf Pfarrstellen auch Personen berufen werden können, die zwar irgendetwas studiert haben, aber nicht Theologie. Nur eine «dreimonatige, bezahlte Berufseinführung» will man ihnen abverlangen und einen kleinen, berufsbegleitenden Theologiekurs; auch die einjährige praktisch-kirchliche Ausbildung, das sogenannte Vikariat, will man ihnen fast ganz erlassen. Einzige echte Einschränkung: Mindestalter 55 Jahre. Als Bezahlung für die so generierten älteren Berufslaien sind 80 Prozent eines Pfarrerlohns vorgeschlagen. Ein so zugeschnittener «Notfallplan» solle umgesetzt werden, wenn der Mangel sonst nicht mehr zu beheben sei.

Dieser «Plan P» ist derzeit in alle neunzehn am Konkordat beteiligten reformierten Kirchen und zahlreiche andere betroffene Vereinigungen und Institutionen in die Vernehmlassung gegeben. Aus informierten Kreisen ist zu hören, dass das Echo vielerorts ein negatives sein dürfte. Junge Pfarrerinnen berichten konsterniert, sie seien gefragt worden, warum sie denn noch das lange Theologiestudium auf sich genommen hätten, wenn es nun auch ganz ohne gehe. Aus Pfarrkonventen wird mitgeteilt, dass die Idee völlig unausgegoren sei und dazu geeignet, das ohnehin angeschlagene Image ihres einstmals hoch renommierten Berufs nachhaltig zu beschädigen. An den theologischen Fakultäten fragt man sich, wie die reformierten Kirchen ihnen so in den Rücken fallen können. Auch in etlichen Kirchenleitungen herrscht offenbar Kopfschütteln über den radikalen Plan.

Zu hoffen ist, dass diese kritischen Stimmen sich durchsetzen und der fragwürdige «Plan P» rasch zurückgezogen wird. Gewiss ist der drohende Pfarrermangel ein ernstzunehmendes Problem. Doch neben Rechtsgelehrsamkeit und Medizin zählt der Pfarrerberuf traditionell zu den klassischen Professionen. Wer würde sich von einer Ärztin ohne Medizinstudium und praktische Spitalausbildung einen entzündeten Blinddarm herausschneiden lassen? Wer würde sich vor Gericht von einem Anwalt ohne Gesetzeskenntnisse vertreten lassen? Aber predigen, beerdigen, Konfirmandenunterricht halten, eine Gemeinde leiten ohne irgendwelche nennenswerten theologischen Kenntnisse: Das soll gehen. Pfarrer sein kann – zur Not – jeder?

Tatsächlich ist es eher eine Art Planlosigkeit, die der «Plan P» erkennen lässt. Es dürfte der säkulare Meinungstrend befördert werden, dass in religiösen Dingen ja sowieso jeder fühlen und erzählen könne, was er oder sie wolle. Kirchenmitglieder, die sich von Gottesdiensten noch etwas anderes erwarten als poppige Hallelujagesänge, triviale Kalenderspruchweisheiten oder Moralbotschaften, werden sich in ihren Austrittsneigungen bestärkt sehen. Manchen Kirchenleitungen scheint das aber weniger Kopfzerbrechen zu bereiten als der drohende Pfarrermangel.

Die Deprofessionalisierung des religiösen Fachpersonals wäre nicht nur ein Problem für die Kirchen; es wäre auch ein gesellschaftliches Problem. Modernen Gesellschaften, die sich als kritische, diskursive Wissensgesellschaften verstehen, kann es nicht gleichgültig sein, ob ihre etablierten religiösen Institutionen Personal einsetzen, das religiöse Praktiken und religiöse Bildung auf Augenhöhe mit anderen Kulturfeldern zu vermitteln vermag oder nicht.

«Selber denken – die Reformierten.» An diesen ihren Slogan sollten sich die Kirchenleitungen erinnern. Statt einen «Plan P» auszuhecken, sollten sie kreative Ideen entwickeln und zum Beispiel über einen «Plan pP» nachdenken, nämlich über einen Plan zur Stärkung des professionellen Pfarrerberufs. Je zahlenmässig kleiner der pastorale Nachwuchs ist, desto besser ausgebildet sollte er sein. Denn die weniger werdenden Pfarrerinnen und Pfarrer müssen vor Ort künftig verstärkt die Rolle der theologischen Verantwortungsträger einnehmen, die andere kirchliche Angestellte wie Sozialdiakone oder auch ehrenamtliche Prädikanten und Katechetinnen schulen, anleiten und theologisch beaufsichtigen.

So könnte der Pfarrermangel nicht zur Bedrohung, sondern zur Chance werden. Und die Jekami-Intuition des «Plans P» käme auch zu ihrem Recht: Alle, die willig und fähig sind, können mitmachen in der reformierten Kirche, aber unter Anleitung professioneller Pfarrerinnen und Pfarrer.

Georg Pfleiderer ist Professor für systematische Theologie/Ethik an der Universität Basel.